

Plädoyer für eine Neugründung Europas

Jürgen Neyer

Europa leidet an sich selbst. Es lebt in einer institutionellen Struktur, die kontinuierlich effektive Politiken verhindert und Frustration erzeugt. Europa ist weder in der Lage, die Währungs- und Finanzintegration voranzutreiben noch die dringend nötige soziale Integration umzusetzen. Gleichzeitig nimmt Europa den Mitgliedstaaten die Kompetenzen, es besser zu machen. Die Rechts- und Linkspopulisten Europas nutzen diese Defizite, um die Europäische Union insgesamt zum Feindbild zu stilisieren. Hierbei gerät leicht in Vergessenheit, dass die Union bei allen ihren Defiziten ein großartiges Projekt der Ausdehnung der Demokratie über die Grenzen des Nationalstaates ist. Um dieses Projekt umzusetzen, bedarf es heute einer Neugründung der EU. Der Brexit sollte als Chance verstanden werden, mit einer kleineren Gruppe von Mitgliedstaaten eine sehr viel engere Union zu bauen.

1. Für eine Neugründung Europas

Es ist heute nötiger denn je, dass Frankreich und Deutschland eng zusammenarbeiten. Die Europäische Union ist in der vielleicht tiefsten Krise ihrer Geschichte. Jeder denkbare Ausweg setzt eine abgestimmte Initiative von Frankreich und Deutschland voraus. Beide Staaten zusammen lassen sich, in Abwandlung eines Zitates des ehemaligen polnischen Außenministers Sikorski, als die „indispensable driver of Europe“ verstehen. Ohne ihre enge Zusammenarbeit lässt sich in und mit Europa kein Staat machen. Die deutsche, quasi-hegemoniale Politik der letzten Jahre hat genauso hohen politischen Schaden angerichtet wie die französische Unfähigkeit, eine positive Vision für die notwendigen Wirtschafts- und Sozialreformen zu entwickeln. Nur wenn beide

Staaten zusammen eine gemeinsame Idee der Zukunft Europas entwickeln, wird das Integrationsprojekt seine Krise überwinden können.

Eine neue deutsch-französische Initiative könnte an dem Vorschlag ansetzen, den die beiden Wirtschaftsminister Emmanuel Macron und Sigmar Gabriel im Sommer 2015 zur Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung für den Euroraum gemacht haben. Diese neue Instanz sollte mit eigenem Budget und Kompetenzen in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgestattet sein und durch eine spezifische Kammer des Europäischen Parlaments kontrolliert werden. Sie würde über Mittel für Investitionen in gemeinsame Anliegen verfügen und über zulässige Abweichungen von der Umsetzung der Maastricht-Kriterien entscheiden können.

Dieser Vorschlag hat erstaunlicherweise bisher wenig Resonanz in den Medien und der deutschen Politik gefunden. Er stellt eine mutige Antwort auf die strukturellen Probleme Europas dar, die von der deutschen Politik sehr ernst genommen werden sollte. Es ist von elementarer Bedeutung für Europa und damit auch im deutschen Interesse, dass der aktuelle Krisendiskurs nicht einseitig als Bedrohung Europas missverstanden, sondern als Gelegenheitsfenster für die Gestaltung eines besseren Europas begriffen wird. Es kann uns nichts Schlimmeres passieren als dass wir den Populisten das Feld der Gestaltung der europäischen Zukunft überlassen.

2. Stand der Dinge

Ein großer Schritt nach vorne ist so wichtig, weil die Verfassung Europas heute so schlecht ist. In allen drängenden Politikfeldern versagt Europa vor seinen Herausforderungen. Es ist weder in der Lage eine kohärente europaweite Finanzpolitik zu formulieren und damit die gemeinsame Währung zu stabilisieren noch findet es einen gemeinsamen Nenner, um die vor vielen Jahren schon angekündigte soziale Dimension zu entwickeln. Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es tiefgreifende und politisch-kulturell verwurzelte Differenzen über die Rolle des Staates in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese Differenzen leiten sich aus fest eingefahrenen politischen und ökonomischen Strukturen ab und können offensichtlich weder von dem Handlungsdruck der Finanzkrise noch von den institutionellen Kontrollverfahren der Europäischen Union überwunden werden. Frankreich träumt auch weiterhin von einer kommissarisch verwalteten europäischen

Wirtschaftspolitik, während Deutschland deren Rolle am liebsten auf die eines Hüters des freien Wettbewerbs beschränkt hätte. In den mediterranen Staaten stößt das deutsche Verständnis von solider Finanzpolitik auf genauso viel Ablehnung wie das Verlangen nach tiefgreifenden strukturellen Reformen die Politikfähigkeit Frankreichs, Griechenlands, Spaniens und Italiens offensichtlich überfordert. In allen mediterranen Staaten werden Forderungen nach einer höheren ökonomischen Solidarität erhoben und bringen sich in den von Deutschland abgelehnten Politiken der Nullzinspolitik der EZB, den höheren deutschen Staatsausgaben und der Einführung von Eurobonds zum Ausdruck.

In der Sozialpolitik sieht das Bild noch dramatischer aus. Während Europa insgesamt zwar langsam aber stetig an Wohlstand gewinnt, schafft der liberale Wirtschaftsraum einen Kontext, in dem die Einkommensschere immer weiter aufgeht. Die Unternehmensgewinne steigen genauso wie die Mehrwertsteuer, während die Unternehmensbesteuerung rückläufig ist. Die Reichen werden reicher und ein immer größerer Anteil der Europäer verarmt. Überzeugende europäische Antworten auf diese Herausforderung finden sich nicht. Das hohe Versprechen der „sozialen Dimension“, mit der einst der Binnenmarkt den Europäern versprochen wurde, ist niemals eingelöst worden. Nach wie vor bleiben alle Versuche der Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in den Mühlen der europäischen Politik stecken. Ein wesentlicher Grund für diese Asymmetrie zwischen marktschaffenden und marktkorrigierenden Maßnahmen findet sich darin, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten unwillig sind, der EU hinreichend eigenständige finanzielle Ressourcen zuzuweisen, um etwa eine europäische Arbeitslosenversicherung, eine groß angelegte Bildungsinitiative oder ein Mindesteinkommen zu garantieren. Die Mitgliedstaaten hüten eifersüchtig alle Kompetenzen, die ihnen die politische Loyalität ihrer Bürger zu garantieren versprechen und missbrauchen die EU als Instrument der liberalistisch verkürzten Marktpolitik.

Diese Defekte Europas sind altbekannt und wurden von Autoren wie Fritz Scharpf und Wolfgang Streeck oft beschrieben. Ihre dramatische Zuspitzung finden sie in der Unfähigkeit Europas, in der Außen- und Migrationspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Angefangen bei der politisch rücksichtslosen Umsetzung des North Stream-Vorhabens seitens Deutschlands über die vollständige Abwesenheit Europas im Irak und in Syrien bis hin zu den Dissonanzen in der Russlandpolitik, zeigt Europa das Bild eines uneinigen „Hühnerhaufens“.

Einzelstaatliche Politiken und minilaterale Kooperationen einzelner Staaten, wohin man blickt. Die Hohe Vertreterin Mogherini glänzt durch eine Mischung aus Abwesenheit und Irrelevanz. Und wenn sie sich dann mal zu Wort meldet, wird sie von den Mitgliedstaaten geflissentlich überhört.

Die aktuelle Migrationskrise setzt dem Ganzen den Gipfel auf. Deutschland verfolgte bis vor Kurzem eine moralisch angeleitete Politik der Grenzöffnung, die allerdings weder mit seinen Anrainerstaaten abgesprochen noch im Einklang mit europäischem Recht war. Ungarn, Kroatien, Österreich und eine Reihe anderer Staaten reagierten hierauf mit ebenso wenig europäisch abgesprochenen Politiken der einseitigen Grenzschließung, die wiederum dazu führten, dass die Last der Migrationsbearbeitung einseitig in Griechenland anfiel und sich jetzt, während des Sommers, wohl nach Italien ausbreiten dürfte. Die Schließung des Brenners, und damit einer der historisch bedeutsamsten Grenzen Europas, ist wohl nicht mehr aufzuhalten. Die aktuelle Politik Deutschlands, einen Ausweg aus der Krise im Rahmen eines Abkommens zwischen der Türkei und der EU über die Rücknahme von Flüchtlingen zu finden, ist nichts weniger als zynisch. Hier wird keine Problemlösung, sondern eine bloße Problemverlagerung betrieben. Die an sich nötige Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der EU scheitert an den mangelnden Kompetenzen Europas und der Weigerung der Mitgliedstaaten, dieses einvernehmlich vorzunehmen.

Unterm Strich sprechen diese vier großen Baustellen Europas alle dieselbe Sprache. Die Aufgaben Europas sind weit über diejenigen einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft hinausgewachsen, ohne dass aber seine politischen Strukturen und damit seine Handlungsfähigkeit mitgewachsen wären. Nach wie vor müssen alle politisch bedeutsamen Entscheidungen durch das Nadelöhr des Europäischen Rates, das von achtundzwanzig, politisch-kulturell höchst unterschiedlichen Mitgliedstaaten nicht nur kontrolliert, sondern faktisch verschlossen wird. Europa versagt damit fast zwangsläufig vor seinen Herausforderungen.

All dieses wäre wohl noch zu ertragen, wenn Europa es in der Vergangenheit wenigstens geschafft hätte, seine Legitimationsdefizite zu überwinden. Politische Systeme sind durchaus in der Lage, für einen begrenzten Zeitraum mit einer schlechten Politikperformanz umzugehen, wenn sie sich gleichzeitig auf eine generalisierte Unterstützung

ihrer Bürger verlassen können. In seiner autoritären Version wird dieses derzeit von Putin in Russland praktiziert. Generalisierte Unterstützung kann sich allerdings auch, wie in der Demokratie, auf praktizierte und in die institutionellen Verfahren einer politischen Ordnung eingeschriebene Grundwerte wie den Parlamentarismus, die Gewaltenteilung und die Rechtsstaatlichkeit beziehen. Hier liegt die vielleicht größte Sünde der Mitgliedstaaten. Obwohl in ganz Europa seit vielen Jahren die Forderung nach einer demokratischeren EU erhoben wird, haben die Mitgliedstaaten es unterlassen, dem Europäischen Parlament die nötigen Rechte zu verleihen, um wirkliche Demokratie in Europa leben zu können. Anstelle dessen wurden immer neue administrative Verfahren entwickelt, wurden die nationalen Parlamente marginalisiert und rechtsstaatliche Prinzipien untergraben. Die Maastricht-Kriterien wurden schon von Deutschland im Zuge der Bearbeitung der Wiedervereinigung unterlaufen, die Schengen-Vereinbarungen haben niemals die vorgesehenen angemessenen ökonomischen Unterstützungen seitens der wohlhabenden Staaten Nordeuropas gesehen und grundlegende Rechte wurden im Rahmen mitgliedstaatlicher Abhörpraktiken und der Kooperation mit US-amerikanischen Nachrichtendiensten systematisch untergraben.

Hinzu kommt noch, dass die Mitgliedstaaten ganz offensichtlich nicht willens sind, an dem miserablen Zustand Europas etwas grundlegend zu ändern. Seit den abgelehnten Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag und den Schwierigkeiten mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon, traut sich kaum noch jemand, grundlegende Vertragsreformen einzufordern und das Risiko einer erneuten Ablehnung einzugehen. Wieso auch, wenn das Versagen der EU nicht den mitgliedstaatlichen Regierungen, sondern der Brüsseler Bürokratie angelastet wird. Es kommt zu dem völlig paradoxen Phänomen, dass diejenigen, die die Krise durch ihr uneiniges und kurzsichtiges Handeln verursacht haben, gleichzeitig ihre großen Gewinner sind. Die Nationalstaaten sind heute in Europa so lebendig wie wahrscheinlich niemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es kann daher auch nicht erstaunen, dass nationalistische Parteien überall in Europa hohen Zulauf haben. Angefangen bei der Koalition zwischen der linken Syriza und der rechten ANEL in Griechenland, über die offen populistische PODEMOS in Spanien, die Fünf-Sterne Bewegung in Italien, den hohen Zulauf für den Front National in Frankreich und die UKIP in Großbritannien bis hin zu den Schwedendemokraten, den Wahren Finnen, der Alternative für Deutschland und

wie sie alle heißen bringt sich überall das gleiche Bild zum Ausdruck: Europa hat sich aufgrund seines politischen Versagens vor den großen Herausforderungen selbst weidwund geschossen und dem Nationalismus weit die Türen geöffnet. Es fordert geradezu dazu auf, populistisch ausgenutzt zu werden. Die Mitgliedstaaten dürfen sich über diesen unwillkommenen Gast jetzt nicht wundern.

3. Europa in zwanzig Jahren

Wenn sich die aktuellen Entwicklungen weiter fortsetzen, dann wird Europa in zwanzig Jahren ein Projekt der Vergangenheit sein. Der Einfluss der nationalistischen Parteien wird weiter steigen und die Einigungsfähigkeit der gemeinsamen Institutionen wird weiter abnehmen. Illiberales Denken wird dominanter werden und die etablierten Parteien in ganz Europa vor sich hertreiben. Schon heute ist zu sehen, dass die CDU/CSU unter dem Einfluss der AfD weiter nach rechts rückt und dass die ohnehin schon kaum bewegungsfähige französische Politik vor der Schlange Le Pen in Schockstarre verfällt. An europafreundliche Reformen ist hier kaum noch zu denken.

Für die Bearbeitung der drängendsten Probleme Europas wäre eine derartige Entwicklung verheerend. In der Finanzpolitik Südeuropas dürfte der Widerstand gegen das empfundene Diktat der deutschen Austeritätspolitik zunehmen und die Bereitschaft zur Umsetzung von Reformen weiter abnehmen. Populistische Regierungen haben wenig politischen Spielraum, die Vorgaben Brüssels innenpolitisch umzusetzen. Deutschland würde dann genötigt werden, immer weitere und immer umfangreichere Kredite zur Verfügung zu stellen, um den Zusammenbruch der gemeinsamen Währung zu vermeiden. Das wiederum würde im Bundestag langfristig kaum auf viel Entgegenkommen seitens einer zunehmend von rechts bedrängten Parlamentsmehrheit stoßen. Der Zusammenbruch der gemeinsamen Währung wäre dann nur noch eine Frage der Zeit. Nachbarn würden sich zunehmend als Gläubiger und Schuldner wahrnehmen und an die Stelle eines politischen Diskurses der Verständigung träte der Streit der Vorhaltungen.

Wenn die sozialen Verwerfungen in den mediterranen Staaten weiter zunehmen oder auch nur keine überzeugende europäische Antwort finden, dann ist ebenfalls zu befürchten, dass die Idee der vier Grundfreiheiten und damit der normative Kern Europas beschädigt werden. Es war eine der großen Einsichten der Nachkriegszeit, dass

die Versöhnung der Menschen mit der Marktwirtschaft nur unter sozial ausgewogenen Vorzeichen gelingen kann. Alle marktwirtschaftlich verfassten Staaten Europas legten daher nach dem Krieg sozialstaatliche Programme auf und versuchten, eine faire Balance zwischen Kapital und Arbeit zu institutionalisieren. Die Lehre, dass Marktwirtschaft und eine nachhaltige Sozialpolitik zwei untrennbare Seiten einer Medaille sind, scheint heute in Vergessenheit geraten zu sein. Sollte sich dieses nicht grundlegend ändern, dann ist auch nicht davon auszugehen, dass die unterschiedlichen nationalen Populismen in Europa sich den liberalen Prinzipien des freien Marktes weiter verbunden zeigen werden. Die Betonung der Bedürfnisse des eigenen „Volkes“ wird dann an die Stelle der gemeinschaftlichen Wirtschaftsintegration treten. Der ungezähmte Liberalismus frisst sich selbst – und den gemeinsamen Markt der Europäischen Union gleich mit.

In der Außenpolitik werden wir davon ausgehen müssen, dass insbesondere die Differenzen über die Russlandpolitik zunehmen werden. Deutschland hat mit der Umsetzung seiner Pipelinepläne bereits klar zum Ausdruck gebracht, dass ihm nationale Interessen näherliegen als eine europäisch abgestimmte Energieaußenpolitik. Auch die Praxis der Vergangenheit, dass Frankreich, Großbritannien und Deutschland ihre individuellen Außenpolitiken parallel zur gemeinsamen Außenpolitik der EU verfolgen, hat die Verbundenheit der Mitgliedstaaten geschwächt. Spätestens dann, wenn der Ölpreis wieder steigt und Russland über die Ressourcen verfügt, um neue außenpolitische Abenteuer zu riskieren, wird die Sanktionsfront gegenüber Russland zerbrechen. Staaten wie Österreich, Griechenland, Tschechien, Ungarn und die Slowakei nähern sich bereits heute Russland ökonomisch und politisch wieder an. Die Bereitschaft, der expansiven russischen Politik in Syrien, dem Irak und der Ukraine – und bald vielleicht auch im Baltikum – zu begegnen und ein politisches Gegengewicht zum wachsenden Einfluss Russlands zu stellen, sinkt entsprechend. Europas Sicherheit wird noch stärker von der NATO abhängig werden, während sich die USA gleichzeitig China und den Konflikten im südchinesischen Meer zuwenden. Europa wird unsicherer und gleichzeitig uneiniger werden. Ein außen- und sicherheitspolitisch gespaltenes Europa wird aber langfristig auch innenpolitisch nicht zu stabilisieren sein. Außenpolitische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten werden das politische Klima in der EU insgesamt vergiften und auf die Einigungsfähigkeit in anderen Politikbereichen überschlagen. Wenn dann auch noch der heute schon zu beobachtende russische

Einfluss auf die illiberalen Parteien in vielen Mitgliedsstaaten weiter zunimmt, dann droht hier eine ganz wesentliche Gefahr für das gesamte Integrationsprojekt.

Auch die Migrationskrise hat das Potential, Europa weiter auseinander zu treiben. Ihre Sprengkraft liegt nicht nur in der unverhohlenen Unilateralität der Politiken aller Mitgliedstaaten und dem völligen Missachten des europäischen Rechtsbestandes. Der politische Streit zwischen den Mitgliedstaaten über eine vermeintlich moralische Pflicht zur Aufnahme von Flüchtlingen hat vielmehr deutlich gemacht, dass in Europa sehr unterschiedliche und politisch kaum miteinander vereinbare Vorstellungen über den Wesenskern Europas bestehen. Auf der einen Seite findet sich die Position der deutschen Regierung, die eine europäische Solidarität einfordert und die EU ganz offensichtlich als einen moralisch relevanten Raum betrachtet. Europa muss demzufolge als Wertegemeinschaft verstanden und aus Gründen der Gerechtigkeit eine faire Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten umsetzen. Demgegenüber steht eine mittel- und osteuropäische Position, die dieses Ansinnen wahlweise als Ausdruck von Doppelmoral oder als moralischen Imperialismus versteht. Osteuropa ist aufgrund seiner jüngeren Vergangenheit nachhaltig skeptisch gegenüber allen Versuchen der moralischen Aufladung von Politik. Wer jahrzehntelang hohle politische Rhetorik aus Moskau erdulden musste, mag heute keine Vorhaltungen aus Berlin hören. In den Viseegrad-Staaten wird eine sehr viel stärker an nationaler Selbstbestimmung ausgerichtete und von einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber kosmopolitischen Ideen getragene Konzeption Europas verfolgt.

Derartige fundamentale Differenzen sind im Rahmen der etablierten europäischen Verfahren nicht auflösbar. Sie lassen sich letztlich politisch nur im Modus des politischen Streites und des Durchsetzens der einen Seite gegen die andere auflösen. Derartige politische Auseinandersetzungen sind in einer Demokratie nicht außergewöhnlich und werden über die Medien und andere Infrastrukturen der Demokratie klein gearbeitet. Im Kontext der europäischen Politik und ihrer mangelhaften Institutionen bedeutet Streit allerdings etwas ganz anderes: die Rückkehr der internationalen Politik nach Europa und das Wiederentstehen all ihrer Konflikte und Auseinandersetzungen. Europa droht über das Scheitern einer gemeinsamen Außen- und Sicherheits- sowie Migrationspolitik wieder dort anzukommen, wo es vor sechzig Jahre mal begonnen hat: in der Anarchie der internationalen Staatenwelt.

Unterm Strich ergibt sich hier ein eindeutiges Bild: Europa droht an seinen zu engen institutionellen Kleidern und seiner mangelnden Politikfähigkeit zu ersticken. Was zu Zeiten der reinen Wirtschaftsintegration mal nötig und richtig war, um den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland zu stabilisieren, ist heute zu einer Zwangsjacke geworden, die Europa seine Zukunft zu rauben droht.

4. Europas Neugründung

Die politische Praxis ist sich der Gefahren des Integrationsprojektes durchaus bewusst. Sie versucht schon seit vielen Jahren mit Formen der abgestuften Integration hierauf zu reagieren. Das erste Schengen-Abkommen Mitte der achtziger Jahre, die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* im Vertrag von Maastricht, die Wirtschafts- und Währungsunion und sogar die Menschenrechtscharta der EU sind prominente Beispiele hierfür. Was mit vielen nicht ging, sollte mit einem wechselnden Teilnehmerkreis integrationswilliger Staaten bewerkstelligt werden. Opt-Ins und Opt-outs traten an die Stelle einer grundlegend neuen Idee Europas. Alle diese Maßnahmen folgten einer technokratischen Vision der politikfeldspezifischen Problemlösung. Hierbei wurde übersehen, dass die Gestaltung eines politischen Gemeinwesens einer gemeinsamen Vision bedarf. Der Preis der abgestuften Integration wurde mit einer ebenso abgestuften Ambition bezahlt. Die Idee eines vereinigten Europas ist dabei den langsamen Tod des Pragmatismus gestorben. Der eindrücklichste Beleg hierfür findet sich im Vertrag von Lissabon und der Streichung der europäischen Hymne, der europäischen Flagge und des Europatags. So ist kein Staat zu machen.

Europa wird nur dann aus seiner großen Krise als eine bessere und politisch zukunftsfähige Gemeinschaft erstehen, wenn es das nachholt, was es in der Vergangenheit versäumt hat. Es bedarf heute einer Neugründung Europas auf der Basis einer deutsch-französischen Initiative, die seine Handlungsfähigkeit zu einem Ausmaß etabliert, das seinen Herausforderungen entspricht. Hierzu gehören Kompetenzverlagerungen auf die europäische Ebene im Bereich der Wirtschaft, der Finanzen und der Migrationspolitik und die umfassende Einführung von Mehrheitsverfahren. Es braucht eine europäische Kompetenz zum Eingriff in nationale Haushalte sowie zur Gestaltung von umverteilenden Regelungen analog zum deutschen Länderfinanzausgleich.

Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung und ein an nationale Kaufkraftunterschiede angepasstes europäisches Mindesteinkommen gehören hier ebenfalls dazu. Erst auf der Basis eines nicht nur geteilten Wirtschaftsraumes, sondern eben auch eines gemeinsamen Sozialraumes entstehen die Vorbedingungen wechselseitigen Einstehens füreinander. Das ist wiederum die Vorbedingung für eine gemeinsame Migrations- sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Alle diese Integrations-schritte erfordern letztlich einen großen Schritt in Richtung auf eine Demokratisierung und damit die weitreichende Stärkung des Europäischen Parlamentes und der nationalen Parlamente.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn eine derartige Initiative von Polen mitgetragen und die alte Idee des Weimarer Dreiecks mit Leben gefüllt würde. Die aktuelle politische Lage in Polen lässt das allerdings als eher unwahrscheinlich erscheinen. Europa kann und darf jedoch nicht darauf warten, dass alle Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit einer Neugründung überzeugt sind. Wir müssen akzeptieren, dass allen denjenigen Staaten, die diesen Schritt nicht mitgehen wollen, die Freiheit gelassen wird, eigene Wege zu beschreiten. Die alte Idee des Kerneuropas, das um Frankreich und Deutschland zentriert ist, muss daher wiederbelebt und gleichzeitig ihres technokratischen Charakters entkleidet werden.

Derartige Vorschläge gibt es schon seit vielen Jahren. Sie wurden in Deutschland von Karl Lamers und Wolfgang Schäuble bereits 1994 aufgegriffen, von Joschka Fischers Humboldt-Rede von 2000 und seitdem in einer Vielzahl von Interventionen von Jürgen Habermas und anderen Intellektuellen weitergedacht – und sind doch im politischen Diskurs weitgehend unbeantwortet geblieben.

5. Wo bleibt Deutschland?

Der zentrale Widerstand gegen diese Idee und damit das wichtigste Hindernis für die Weiterentwicklung des Integrationsprozesses kommt heute ausgerechnet aus Deutschland. Die Bundesregierung verweigert sich einer aktiveren Rolle Europas in der Ausgestaltung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. Sie blockiert Eurobonds, eine europäische Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige europäische Finanzfazilität und jede Relativierung ordo-liberaler Prinzipien. Deutschland ist heute von einer treibenden Kraft des Integrationsprozesses zu seiner wichtigsten Bremse geworden. Es ist

keine Gestaltungs-, sondern eine Verhinderungsmacht. Unter deutscher Führung verwalten die Mitgliedstaaten Europa ohne Vision und ohne eine Antwort auf die drängenden Herausforderungen der Zeit. Es ist Zeit, dass Deutschland seine Furcht vor einem eigenständigeren Europa überwindet und dabei mithilft, die Idee einer Neugründung Europas zu revitalisieren. Andernfalls droht das europäische Projekt von den Rechtspopulisten gekapert und gegen die Wand des Illiberalismus gefahren zu werden.